Antiklerikalismus.

Unser Kampf für den Sozialismus ist der Kampf aller Ausgebeuteten gegen die Ausbeutung. Alle, die in irgendeiner Weise an der Ausbeutung teilnehmen und von einem Teil des Mehrwerts leben, große und kleine Kapitalisten, Grundbesitzer und Großbauern, hochbesoldete Beamte und Geistliche, fühlen sich dadurch bedroht und haben Interesse daran, uns zu bekämpfen Trotz aller politischen Konstellationen des Augenblicks bleibt dies die Grundtatsache des Klassenkampfs und der Politik.

Aber unter sich zerfällt diese ausbeutende Masse in verschiedene Gruppen, Parteien und Richtungen, die nicht nur miteinander um die Verteilung der Beute hadern, sondern auch über die beste Methode zur Niederhaltung des Proletariats streiten. Zwei Richtungen haben sich dabei allmählich ausgebildet; einerseits die liberale, die an die Traditionen der früheren fortschrittlichen Bourgeoisie anknüpfend, das Proletariat mit heuchlerischen Phrasen von Freiheit und Fortschritt einwickeln will; anderseits die reaktionäre, die sich auf rückständige, feudale und kleinbürgerliche Klassen stützend, in dem Geiste der vorkapitalistischen Barbarei die Arbeiter mit Gewalt niederhalten will. In dem Maße wie das Proletariat mächtiger wird, gewinnt auch die brutale reaktionäre Methode unter der herrschenden Klasse die Oberhand. Die Bourgeoisie flüchtet sich unter die Fittiche des Junkertums und bornierte Klerikale werden die politischen Vertreter der „gebildeten" Klasse. Der fortschrittliche Liberalismus wird zu einer machtlosen Opposition, die nur darauf hofft, den Kampf der Arbeiter gegen seinen Konkurrenten abzulenken und sich mit ihrer Hilfe wieder in den Sattel zu schwingen.

Die Erfahrung hat bewiesen, daß diese Hoffnung des Liberalismus und diese Gefahr für die Arbeiterbewegung nicht völlig illusorisch ist. Wo der Klerikalismus am Ruder ist, zieht er allen Haß, den die Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus empfindet, in verdoppeltem Maße auf sich. Er verkörpert den brutalen, grausamen Charakter der kapitalistischen Unterdrückung ohne die freiheitlichen äußern Formen, womit der alte Liberalismus sie übertünchte. Gegen den Feind, und namentlich den sozialistischen, gilt ihm jede Vergewaltigung, gegen die eigene Partei die empörendste Begünstigung als erlaubt. Die belgische klerikale Partei und die Christlichsozialen in Oesterreich sind in dieser Hinsicht international berüchtigt. Es kommt hinzu, daß der Klerikalismus die Schulbildung herunterdrückt und durch Volksverdummung die Ausgebeuteten kampfunfähig zu machen sucht. Dadurch und durch seine tückische Kampfesweise weckt eine klerikale Herrschaft die heftigste Erbitterung bei den Arbeitern. Der Liberalismus ist nur ein äußerer Feind; der Klerikalismus dagegen hält durch seine religiöse Ideologie einen großen Teil der Arbeiterklasse an sich gekettet und zerrüttet dadurch ihre innere Einheit und Massenkraft.

So wird es verständlich, weshalb der Kampf, den wir gegen den Kapitalismus führen, nur zu leicht hauptsächlich gegen seine verhaßteste Erscheinungsform, gegen seinen brutalen Vorkämpfer gerichtet wird. Natürlich ist das nur möglich, wenn keine gründliche theoretische Klarheit das innere Wesen der Verhältnisse durchleuchtet. Namentlich in Belgien, wo die theoretische Aufklärung sehr im argen liegt, ist die einst mit Recht um ihre Leistungen bewunderte Partei unter der Wirkung einer langen klerikalen Herrschaft in einen Sumpf des Antiklerikalismus geraten, der ihr seit Jahren alle Stoßkraft lähmt. „Bürger und Arbeiter, wir haben nur einen einzigen Feind, den Klerikalismus," sprach der sozialistische Abgeordnete Demblon neulich in einer Versammlung in Kortryk, und dieses Wort faßt die das klare Klassenbewußtsein verderbende Taktik dieser Partei kurz zusammen.

Die Tendenz, die sich dort unbehindert geltend macht, wirkt natürlich überall, wo der Klerikalismus seine herrschende Stellung hat und der praktische Kampf hauptsächlich gegen ihn geführt werden muß, wenn auch eine prinzipielle Schulung der Arbeiter verhindert, daß sie zum vollen Durchbruch kommt. Um gegen den verhaßten übermächtigen Feind rasch positive Erfolge zu erzielen, verbindet man sich zeitweilig mit den Liberalen und läßt man sich durch ihre schönen Phrasen betören. Natürlich wird durch solche zeitweiligen Erfolge der wirkliche Kern der klerikalen Machtstellung nicht angetastet. Schlimmer noch, sie wird fester gemacht, während die Grundlage unserer eigenen Macht geschwächt wird.

Das Streben der besitzenden Klasse ist darauf gerichtet, die Einheit und das Klassenbewußtsein des Proletariats zu verhindern. Daher versucht sie den Arbeitern einzureden daß die kleinen und ideologischen Gegensätze, die zwischen den bürgerlichen Parteien bestehen, die wirklichen großen, trennenden Momente im gesellschaftlichen Kampfe sind. Hie Religion, hie Geistesfreiheit, so rufen Liberale und Klerikale ihrer Gefolgschaft zu, und mit diesen Streitrufen hoffen sie die Losung: hie Kapital, hie Arbeit, niederzuschreien. Helft uns die Feinde der Kirche niederzuschlagen, heißt es hier; helft uns der Reaktion der Finsterlinge ein Ende zu bereiten, klingt es dort. Zuerst diese großen heiligen Interessen der Menschheit; dann werden wir uns nachher eurer Nöte annehmen. Die Arbeiter, die darauf horchen, kämpfen wütend gegeneinander, bringen abwechselnd den einen oder den andern der beiden Konkurrenten ans Ruder und bleiben selbst immer nur die alten, machtlosen, genasführten Sklaven.

Die Sozialdemokratie hat einen dicken Strich durch diese Rechnung gemacht. Sie hebt die wirtschaftlichen Interessen hinter den verlogenen Phrasen hervor, bringt den Arbeitern zum Bewußtsein, daß die materiellen Interessen im Vordergrund des Kampfes stehen und zeigt ihnen, daß die Schlagworte der bürgerlichen Parteien nur Reklameschilder zweier Konkurrenten sind. Sie löst die Arbeiter aus dem Banne dieser Ideologien los und lehrt sie die Wirklichkeit verstehen, für ihre eigene Wirklichkeit kämpfen. Dadurch ist es ihr gelungen, die Ausgebeuteten immer mehr gegen ihre liberalen und klerikalen Ausbeuter zu organisieren.

Gewinnt aber der Antiklerikalismus Raum in ihren Reihen, so ist es mit dieser erfolgreichen Taktik aus. Verbinden sich die sozialdemokratischen Arbeiter mit den Liberalen, um die Reaktion in klerikaler Gestalt zu bekämpfen, so ist damit der heißeste Wunsch aller bürgerlichen Parteien auf einmal erfüllt. Denn an Stelle einer wachsenden Arbeiterarmee gegenüber zwei Bourgeoisparteien stehen dann auf dem politischen Kampfplatz zwei Heere einander gegenüber, die nicht nach Klassen, sondern nach ideologischen Losungen getrennt sind. Zwei bürgerliche Gruppen streiten um die Herrschaft, jede mit einem großen Schwanz von Arbeitern: hinter der klerikal-feudalen Partei stehen die christlichen Arbeiter, hinter der fortschrittlich-liberalen Partei stehen die Sozialdemokraten. Ein unheilbarer Riß geht dann durch das Proletariat. Die Aussicht, die christlichen Arbeiter für unsre Partei zu gewinnen, ist verschwunden, sobald wir selbst den ideologischen Gegensatz klerikal-antiklerikal anerkennen und in die Gefolgschaft des Liberalismus treten, jener Bourgeoisrichtung, die für die christlichen Arbeiter die Verkörperung des kaltherzigsten, gefühllosesten Ausbeutertums bildet.

Deshalb ist in vorwiegend klerikalen Gegenden eine Annäherung an den Liberalismus als das „kleinere Uebel" zwar bei Mangel an Einsicht verständlich, aber zugleich verderblich für den Sozialismus. Glücklicherweise bietet sowohl die theoretische Durchbildung des deutschen Proletariats wie auch die Machtlosigkeit und der reaktionäre Charakter des deutschen Freisinns eine ausreichende Gewähr, daß hier der Antiklerikalismus nie eine erhebliche Bedeutung gewinnen wird.

Der Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie.

Reichenberg, den 23. September.

Der Parteitag beschäftigte sich heute zunächst noch mit der Frage der Schaffung eines neuen Organisationsstatuts für die Partei. Die Diskussion währte den ganzen Vormittag und in der Hauptsache um die Frage, ob an die Stelle der losen Organisation, die jetzt besteht, die geschlossene Vereinsorganisation treten soll. Schließlich wurden die folgenden Grundsätze für das noch auf diesem Parteitag auszuarbeitende Organisationsstatut angenommen:

1. Mitglied der Partei ist nur, wer der politische Organisation seines Wohnortes angehört. Als Grundlage der politischen Organisation ist überall der politische Verein anzustreben. Wo und insolange die Umwandlung zur Vereinsorganisation nicht vollzogen ist, gilt an Stelle dieser die bisherige Form der Organisation als Grundlage.

2. Für die Mitglieder, die nach dem Gesetze oder aus andern wichtigen Gründen nicht Mitglieder des politischen Vereins sein können, ist die Zugehörigkeit und Beitragsleistung zur Parteiorganisation nach gleichen Grundsätzen zu regeln.

3. Jedes Parteimitglied erhält als Legitimation die im ganzen Reiche und überall geltende einheitliche Parteimitgliedskarte. Die Leistungen des Parteimitgliedbeitrags ist auf dieser Parteimitgliedskarte mittels einheitlicher Marke zu quittieren.

4. Die Quittungsmarken und Legitimationen werden durch die Landesorganisation von der Reichsparteivertretung bezogen und an die ihr unterstehenden Organisationen abgegeben.

5. Die Aufteilung des Parteibeitrags unter die verschiedenen Parteiinstanzen erfolgt auf Grund der von den Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen, sowie vom Parteitage gefaßten Beschlüsse über die Höhe der Beitragsleistung. Der monatliche Mindestbeitrag hat jedoch für jedes Mitglied nicht weniger als 20 Heller zu betragen.

6. Die Einhebung des Parteibeitrags geschieht in der Weise, daß die Quittungsmarke von der Reichsparteivertretung gegen Erlegung des Reichsparteibeitrags der Landesorganisation, von dieser wiederum um den Betrag des Landesbeitrags an die Kreisorganisation, von dieser um den Kreis-, Landes- und Reichsbeitrag an die Bezirksorganisation und von dieser endlich um denjenigen Betrag, den Bezirks-, Kreis-, Landes- und Reichsbeitrag zusammen ergeben, an die Lokalorganisation abgegeben wird.

Nachdem der Referent Seeliger-Teplitz als das Resultat der Debatte bezeichnet hatte, daß sich der Gedanke der geschlossenen Vereinsorganisation siegreich auf dem Vormarsche befinde, wurde eine Kommission gewählt, die nach den angenommenen Grundsätzen und einer großen Anzahl dazu vorliegender Anträge das neue Statut auszuarbeiten hat.

In der Nachmittagssitzung wurden zunächst einige Begrüßungstelegramme verlesen. Dann wurde in die Verhandlung des nächsten Punktes der Tagesordnung eingetreten. Genosse Austerlitz referierte über den Punkt Parteipresse: Die Presse ist eines unsrer wichtigsten Agitationsmittel, das Hauptmittel, um das Ideal der Sozialdemokratie zu erreichen, daß die Partei immer mobilisiert ist, daß jeder Arbeiter zu sozialistischem Denken erzogen wird. Wenn der Abonnentenstand unsrer Presse nicht ganz auf der Höhe unsrer Parteientwicklung steht, so ist ein Hauptgrund dafür in dem Umstand zu suchen, daß im österreichischen Volk wenig Neigung zur Reflektion besteht. In Wien ist die verbreitetste Zeitung zugleich die schlechteste Zeitung. Diese Blätter bewirken eine Verflachung des Empfindens, des Geschmacks und des geistigen Gehalts des Arbeiters. Der Kampf gegen diese Schmutz- und Bilderpresse kann nun nur durch eine Zeitung geführt werden, die den berechtigten Ansprüchen des Arbeiters auf geistige Unterhaltung ebenso Rechnung trägt, wie seinen politischen und wirtschaftlichen Ueberzeugungen. Ich glaube, Sie werden anerkennen, daß die Arbeiterzeitung bestrebt war, diese Richtlinien innezuhalten. Unser innerpolitisches Leben ist nicht so reichhaltig wie bei der deutschen Partei. Es steht mir nicht zu, ein Urteil darüber zu fällen, ob es notwendig ist, daß die Diskussionen in Deutschland sehr häufig zu großen Streitereien ausarten. (Große Heiterkeit.) Aber es ist dies doch ein Zeichen des starken Lebens innerhalb der deutschen Partei, das wieder ein erhöhtes Interesse an dem Inhalt der Parteiblätter zur Folge hat. Wir sind ja in der glücklichen Lage, nicht solche Differenzen zu haben, die den einzelnen Genossen in Deutschland zu gewissen Rufnamen verholfen haben. Wir bleiben hoffentlich immer bei der altbewährten österreichischen Art, alles, was wir auf dem Herzen haben, ohne Gehässigkeit zu sagen, und das Interesse an der Sache, nicht das Interesse an der Kritik voranzustellen. (Erneute Heiterkeit.) Aber ein stärkeres inneres Parteileben könnte auch uns und der Verbreitung unsrer Presse nicht schaden. Wir können außerordentliche Genugtuung über die Schaffung unseres neuen wissenschaftlichen Organs, des Kampf empfinden. Der Kampf ist unsre stärkste geistige Leistung in den letzten zwei Jahren und er hat sich lebhafte Anerkennung der gesamten internationalen Sozialdemokratie erworben; er ist ein wichtiges Erziehungsmittel, das kein in der Partei wirkender Genosse entbehren kann. (Sehr richtig!) Den Schöpfern des Blattes, den Genossen Dr. Braun, Dr. Bauer und Dr. Renner gebührt der Dank des Parteitags.

Gut entwickelt hat sich die Arbeiterinnenzeitung, und ich glaube, man würde dieser guten Entwicklung nur schaden, wenn man einem hier gestellten Antrage, aus der Arbeiterinnenzeitung eine Art Familienblatt zu machen, stattgeben wollte. Der Abonnentenstand unsres Witzblattes Die Glühlichter ist von 30 000 auf 18 000 zurückgegangen. Es ist bei uns anders wie in der deutschen Partei. Obwohl draußen Jahr für Jahr Klagen über das reichsdeutsche Parteiwitzblatt laut werden, obwohl man von ihm sagt, daß es zwar ein Witzblatt, aber kein witziges Blatt sei (Heiterkeit), hat die Abonnentenziffer des deutschen Blattes eine riesenhafte Höhe erreicht. Dabei ist es doch ganz klar, daß der Hang zur Verspottung und Verhöhnung des Gegners in der Sozialdemokratie sehr ausgebildet ist, aber der Witz und Humor, der in unsern Parteikreisen lebendig ist, spiegelt sich leider nicht in unserm Witzblatt wider. Ich meine, die Parteiinstanzen sollten sich der Sache annehmen, und unsre Volksbuchhandlung wäre am berufensten dazu, denn ein gutes Witzblatt würde auch ein gutes Geschäft sein. — Die Stellung des Bürgertums zur Preßfreiheit hat sich sehr verändert. (Sehr richtig!) Früher hat das Bürgertum die Preßfreiheit als eine Gunst angesehen, jetzt betrachtet es sie als eine Last. Die bürgerliche Presse ist eine Scharfmacherpresse. Sie nimmt ihre Lügen vom deutschen Reichsverbande, weil das eine deutsche Sache ist (Heiterkeit), als wenn sie nicht selbst genug in Oesterreich fabrizieren könnte. Unser Ziel muß es deshalb sein, aus jedem Arbeiter einen Sozialdemokraten zu machen, denn nur so können wir dem gesamten Heerbann der bürgerlichen Parteien entgegentreten. Es gibt mehr Arbeiter als Bürgerliche; wir brauchen dem Bürgertum nicht nachzulaufen. Unsre Presse ist eine Hauptquelle unsrer Kraft. Sie müssen wir zu der Waffe ausgestalten, die diesem schweren Kampf mit unsern vereinigten Widersachern gewachsen ist. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Emmerling-Wien berichtet über die Entwicklung der deutsch-österreichischen Parteipresse: Ueberall werden Klagen über zu geringen Absatz der Presse laut. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Wahlpflicht noch mehr ausgedehnt wird als bisher, und es ist daher dringend notwendig, daß durch die größere Verbreitung der Parteipresse die Arbeiter über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten aufgeklärt werden.

Parteisekretär Skaret-Wien berichtet über die Volksbuchhandlungen.

In der Diskussion wünscht

Schiegl-Wien eine etwas populärere Schreibweise der Arbeiterzeitung. Bernstein-Gablonz bespricht die bereits vom Referenten berührte Frage der Gründung eines großen Tageblattes für ganz Deutsch-Böhmen, hält es für überflüssig, daß in jeder deutsch-böhmischen Bezirkshauptmannschaft ein kleines Parteiblättchen erscheine. Genossin Popp-Wien spricht sich gegen den Antrag aus, die Arbeiterinnenzeitung zu einem sogenannten Familienblatt auszugestalten.

Nach einem längeren Schlußwort von Austerlitz wird ein Antrag der Bezirksorganisation Wien XVIII, der von der Arbeiterzeitung eine mehr sozialistische Schreibweise und größere Beachtung der gewerkschaftlichen Kämpfe verlangt, fast einstimmig abgelehnt, weil diese Vorwürfe gegen die Arbeiterzeitung gänzlich unberechtigt seien. Die übrigen Anträge, Anregungen und Wünsche werden der Parteivertretung überwiesen.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Von der Verantwortlichkeit des Kaufmanns für die Buchführung seiner Angestellten. Vom Landgericht I in Berlin ist am 22. April der Kaufmann Alexander Zeier wegen Konkursvergehens verurteilt worden, weil seine Bücher nicht ordnungsgemäß geführt waren und keine Uebersicht gewährten. — Auf seine Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Zur Begründung wurde angeführt: Der Angeklagte verstand nichts von der Buchführung. Er engagierte mehrere Buchhalterinnen und einen Buchhalter zu deren Beaufsichtigung und glaubte, daß die Bücher ordentlich geführt wurden. In Wirklichkeit war dies nicht der Fall. Das Landgericht sagt, es sei die Pflicht des Angeklagten gewesen, eventuell ungeeignete Hilfskräfte durch befähigte Sachverständige zu ersetzen. Dieser Grund trägt nicht die Entscheidung. In der Regel genügt es, daß der Kaufmann die Buchführung einer Person überträgt, die er bei Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns dazu für fähig hält. Das Urteil des Landgerichts sagt nicht, daß der Angeklagte bei Auswahl der Buchhalterinnen und dessen, der sie überwachen sollte, nachlässig zu Werke gegangen sei, sondern das Landgericht geht von der Anschauung aus: Wenn ein Kaufmann nichts von der Buchführung versteht, so hat er eine geeignete Person anzustellen; sind die Bücher nicht ordentlich geführt, so muß er bestraft werden. Auf diesem Standpunkt stand allerdings das Reichsgericht früher, es hat ihn aber in einer Plenarentscheidung verlassen, die verlangt, daß den Angeklagten auch eine Schuld treffen muß. Ein Verschulden ist aber bei einem Kaufmann, der selbst nichts von Buchführung versteht, nur dann anzunehmen, wenn er nicht nach bestem Wissen und Gewissen für einen der Buchführung kundigen Vertreter gesorgt hat.

Ein Ordnungswächter. Vom Landgerichte Saarbrücken ist am 31. März der Gemeindenachtwächter Schille in Neunkirchen wegen gefährlicher Körperverletzung im Amte zu Gefängnis verurteilt worden. Er ist seit 1902 vereidigter Nachtwächter. In der Nacht zum 20. September 1908 gegen 3 Uhr morgens kam er auf einem Dienstgange in angetrunkenem Zustande zu der Wirtschaft M. Die Polsterer H. und N. kamen gerade heraus. Schille fragte sie, ob der Verein bald Schluß mache, was N. bejahte. Nun rief der Angeklagte den beiden nach: für euch Lumpe ist es auch Zeit daß ihr nach Hause kommt! H. stellte ihn zur Rede und klopfte ihm dabei besänftigend auf den Arm. Der Hund des Angeklagten biß darauf den H. und der Angeklagte schlug ihn mit dem Säbel auf den Arm. H. fiel zu Boden und verlor seinen Hut. H. und N. liefen nach verschiedenen Richtungen fort. Der Hund folgte dem N. und warf ihn zu Boden. Der Angeklagte, der Hs. Hut aufgesetzt hatte, eilte hinzu und brachte N. verschiedene Wunden mit dem Säbel bei. Schließlich stach er ihn noch mit dem Säbel in die Brust, ohne jedoch bis zur Haut durchzudringen. Erst durch andere Personen konnte er veranlaßt werden, von N. abzulassen. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgerichte als gänzlich unbegründet verworfen.

Die Mörderin ihres Gatten. Vom Schwurgericht Beuthen (O.-Schl.) ist am 20. Juni die Witwe Katharina Pietzka geb. Wroblewski wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. Sie hat in der Nacht des 15. September 1908 ihren Mann mit einem Hammer erschlagen. Ihre Revision kam am 21. September vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung. Gerügt wurde, daß zwei Aerzte als Sachverständige und Zeugen vernommen worden sind, ohne als Zeugen vereidigt zu sein. Diese sowie einige weitere Prozeßbeschwerden erwiesen sich als unbegründet, weshalb das Reichsgericht auf Verwerfung der Revision erkannte.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19090925/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG